

LESERBRIEFE

AHV-Sanierung: Demokratieverständnis auf der Kippe

Ich denke, Herr Walter Kranz spricht mit seinem Leserbrief vom 21. Januar vielen aus dem Herzen. Die Parteien und die meisten der politischen Exponenten werden versuchen, noch in dieser Legislaturperiode, ohne Rücksicht auf sozialpolitisches Augenmass, an ihrem Sparziel festzuhalten, das sich an einer «neoliberalen Doktrin» orientiert, die eine Umverteilung von unten nach oben ins Auge fasst und auch vor dem wichtigsten Sozialwerk unseres Jahrhunderts nicht haltmacht. Unsere Regierung versucht den Bürgern Sand in die Augen zu streuen und unter dem Vorwand einer Sanierung der AHV den Staatsbeitrag massiv zu kürzen, um weiteren Sozialabbau voranzutreiben.

Es fehlt den Herren Politikern einfach an Visionen. Der Staatshaushalt muss saniert

werden, jedoch im Bereich von Sozialwerken muss dies mit Bedacht gemacht werden. In der Politik gibt es Tabuthemen, die gerne gemieden werden, dazu gehört auch das neue Steuergesetz. Die Aussage unseres Erbprinzen, es dürfe zu keinen Verzögerungen im Bereich der AHV-Revision kommen, und von einer gewissen Sparmüdigkeit zu sprechen, lässt aufhören. Um unseren Wohlstand zu sichern, sollten wir klug und verantwortungsvoll vorgehen, dem kann nicht widersprochen werden. Willkommen aber in der Moderne: Die soziale Marktwirtschaft hat ausgedient und kann abtreten. Die heilbringende neoliberale Wirtschaftspolitik und deren Auswüchse haben eine Umverteilung von unten nach oben begünstigt. Es wurde aber keine Antwort im globalen Wirtschaftsgefüge gegen Massenarbeitslosigkeit und Überschuldung gefunden. Der Staat wurde aufgefordert, dem freien Wirtschaftstreiben keine

Schranken aufzulegen. Als Resultat mussten anlässlich der Finanzkrise Banken mit Milliarden Staatsgeldern gerettet werden, um einen totalen Wirtschaftskollaps zu verhindern. Und gerade diejenigen, die an der neoliberalen Doktrin festgehalten hatten, schrien nun am lautesten nach Staatshilfe. Die Sozialwerke und deren Umverteilung sind revisionsbedürftig, daran führt kein Weg vorbei, aber die geplanten Massnahmen im Bereich der AHV dienen rechnerisch lediglich der Kompensation einer Reduktion des Staatsbeitrages und haben mit der demografischen Entwicklung aber auch gar nichts zu tun. Wenn man den Politikern gut zugehört hat, dann wurden bereits vage Ankündigungen gemacht, dass notfalls weitere Massnahmen im Bereich AHV-Sanierung anfallen könnten.

Die jetzt vorgeschlagene AHV-Sanierung ist eine Mogelpackung sondergleichen und jegliche Kürzung des Staatsbei-

trages ist abzulehnen. Interessant wird sein, wie sich unsere Parlamentarier zur geplanten Hauruck-Politik der Regierung stellen werden.

Ulrich Hoch

Grüschaweg 11, Triesenberg